

16052019 | orf.at | EU-Vergleich | Österreich in Klimaranking weit hinten  
13052019 | orf.at | Geleakte EU-Studie | Kerosinsteuer könnte CO2-Ausstoß senken  
02052019 | orf.at | Klimaziele | Verfehlen könnte Milliarden kosten

16052019 | orf.at | EU-Vergleich | Österreich in Klimaranking weit hinten



**Das Erreichen oder Nichterreichen der selbst gesteckten Klimaschutzziele hat in den letzten Tagen und Wochen für Diskussionen gesorgt – und wird es wohl noch länger tun. Ein am Donnerstag veröffentlichter Bericht attestiert sämtlichen EU-Staaten Defizite in der Umsetzung dieser Ziele. Österreich liegt im Vergleich ziemlich weit hinten.**

Erst im Vorjahr hatten sich die EU-28 ambitionierte Ziele gesetzt. Das wichtigste davon ist, dass die Emissionen von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) bis 2050 auf null gesenkt werden sollen. Einen „sauberen Planeten für alle“ gab die EU-Kommission als Motto aus. Allerdings scheint dieser Weg noch ziemlich weit.

Mit dem aktuellen Tempo bzw. den aktuellen Ambitionen würde kein einziges EU-Land das Ziel 2050 erreichen, heißt es in einer Studie der European Climate Foundation (ECF), einer internationalen Stiftung, die sich für eine globale Führungsrolle Europas in der Klimapolitik einsetzt. Sie hat sich die nationalen Energie- und Klimapläne (NECP) angesehen. Selbst das erste Land in dem Ranking der EU-28, Spanien, erreiche die Erfordernisse nur zu 52 Prozent. Für Österreich errechnet die ECF sogar nur 23,5 Prozent.

### **Platz 19 von 28**

Der Wert bedeutet Platz 19 weit hinter Ländern wie Frankreich, Griechenland und Schweden und vor Rumänien, Großbritannien und Malta. Der EU-Schnitt erreicht 28,9 Prozent. Aber, heißt es in einer Presseaussendung zu der Studie, es gebe noch – begrenzte – Zeit für Kurskorrekturen, nämlich bis Jahresende, wenn die Pläne fix stehen müssen. Es brauche bis dahin schlüssige Maßnahmen samt Investitionssicherheit.

Überraschende Protestaktion im Parlament

### **Absolutes Schlusslicht Slowenien**

In der Studie, die ORF.at vorab vorlag, wurden laut ECF die Entwürfe der Klimapläne, die bis Ende des Vorjahres bei der EU-Kommission eingereicht werden müssen, verglichen und bewertet. Kriterien waren etwa die Fragen, wie ambitioniert die Ziele und wie detailliert die Ausarbeitung bzw. Beschreibung der geplanten Maßnahmen sind. Letzter im Ranking ist Slowenien mit nicht mehr als 3,0 Prozent. Auch Deutschland erreicht nur 12,0 Prozent.

Defizite gebe es unter anderem beim Ausstieg aus Kohle und Erdöl sowie unklare Finanzierungsmodelle. Die „gute Nachricht“ sei, dass es „genügend Spielraum für Verbesserungen“ gebe. Die nationalen Aktionspläne enthielten eine Reihe guter Ansätze, hebt der Bericht auch positiv hervor. Die EU-Kommission werde in Kürze eine eigene Evaluierung vornehmen, dann sind erneut die einzelnen Nationalstaaten gefordert.

**Szenarien zu vage**

Für Österreich unterstreicht die Studie, dass die Ziele des Klimaplanes über den Minimalerfordernissen lägen. Weiters positiv beurteilt: Der geplante Ausstieg aus Kohlestrom – allerdings ohne konkrete Detailpläne – und schließlich ein breiter öffentlicher Dialog zu dem Thema, wie die ECF schreibt.

Negativ fiel den Studienautoren auf, dass der österreichische Plan in einigen Punkten zu wenig detailliert sei, etwa was erneuerbare Energieträger betreffe, und dass es weiters kein konkretes Ausstiegsszenario aus fossilen Treibstoffen gebe. Detaillierte Angaben über die Kosten bis zum Jahr 2030 fehlten überhaupt.

### **Köstinger verweist auf „Mission 2030“**

Die einzelnen Regierungen hätten „beim Klimaschutz nach wie vor enorme Probleme, vom Reden ins Handeln zu kommen“, resümierte die Natur- und Umweltschutzorganisation WWF in einer Aussendung. Der österreichische Entwurf sei „völlig unzureichend und bei Weitem nicht kompatibel mit dem Pariser Klimaschutzabkommen“. Laut diesem soll die vom Menschen verursachte Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius begrenzt werden.

Die Bundesregierung bzw. die zuständige Umweltministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) sehen das generell anders, so auch am Mittwoch im Nationalrat, wo das Thema Klimapolitik für heftige Kontroversen sorgte. Die Regierung habe bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen 2018 die „Trendwende“ geschafft, sagte Köstinger. Diese seien im vergangenen Jahr erstmals wieder gesunken. Die Ministerin verwies mehrfach auf die Klimastrategie der ÖVP-FPÖ-Koalition („Mission 2030“), ähnlich auch die FPÖ. „Klimaschutz ist uns ein zentrales Anliegen.“ Immer dagegen zu sein, sei hingegen „kein nachhaltiges politisches Konzept“, so Köstinger in Richtung Opposition: „Daher lade ich Sie ein, uns beim Ausbau der Erneuerbaren zu unterstützen.“

### **Scharfe Kritik von der Opposition**

Unmittelbarer Anlass für die hitzige Debatte war eine Protestaktion der Grünen und Alternativen StudentInnen (GRAS), die auf der Galerie ein Transparent mit „Klimanotstand ausrufen“ entrollten und „Klimanotstand jetzt“ skandierten. SPÖ, NEOS und Jetzt warfen ÖVP und FPÖ Untätigkeit vor.

Der Bundesregierung sei die Klimakrise „egal“, hieß es von der SPÖ, NEOS warf ihr vor, seit Jahren das Umweltressort zu führen, aber nichts getan zu haben, Jetzt kritisierte, die Regierung klopfe nur Sprüche. Kritik wurde erneut auch an den Kosten für CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate laut – ähnlich wie zuletzt im Kontext der Debatte über die geplante Steuerreform.

Links:

Umweltministerium

ECF

WWF

Parlament

Umweltministerium

ÖVP

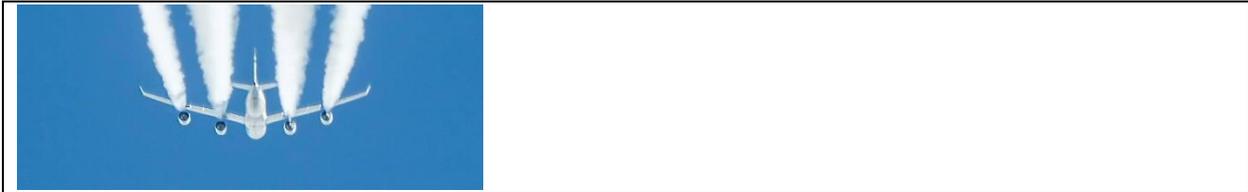
SPÖ

FPÖ

NEOS

Jetzt

GRAS



**Elf Prozent – so stark würde der Kohlendioxidausstoß der Luftfahrt zurückgehen, würde eine europäische Kerosinsteuer eingeführt werden. Zu dem Ergebnis kommt eine geleakte Studie der EU-Kommission. Effekt der Steuer wären höhere Ticketpreise, die auch zu einem Rückgang bei Flugreisen führen würden.**

Die Ergebnisse der Studie wurden am Montag von dem internationalen Umweltverband Transport & Environment veröffentlicht. Kerosin ist bis heute steuerfrei. Die Branche lehnt so eine Steuer ab. Gäbe es eine europäische Steuer auf Flugbenzin, würden die Ticketpreise um zehn Prozent teurer werden. Bei einer Steuer auf den derzeitigen Mindestpreis für Kerosin in der EU – 330 Euro pro 1.000 Liter Flugtreibstoff – würden Tickets durchschnittlich 333 Euro kosten, heißt es weiter. Durch die teureren Flugpreise würde auch die Gesamtzahl an Reisenden im Jahr um elf Prozent auf 613 Mio. zurückgehen.

Der EU-Bericht kommt demnach auch zu dem Schluss, dass eine Kerosinsteuer ob der geringeren Nachfrage durch Fluggäste elf Prozent der Jobs und der Wertschöpfung in der Luftfahrtbranche kosten könnte. Er besagt aber auch, dass das nur einen „unwesentlichen Einfluss“ auf die gesamte Arbeitslosigkeit in der EU – rund drei Millionen der 194 Mio. Jobs stammen aus dem Sektor – hätte.

#### **Studie: Kein Schaden für Wirtschaft und Beschäftigung**

Ferner würde eine Besteuerung von Kerosin EU-weit rund 27 Mrd. Euro im Jahr und in Österreich über 300 Mio. Euro im Jahr bringen, lege man eine Steuer von 33 Cent pro Liter Flugbenzin zugrunde. Der Satz von 33 Cent sei um 15 Cent niedriger als die Mineralölsteuer (MöSt) derzeit in Österreich auf Benzin betrage, so der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) in einer Aussendung. Seit 2003 ist es in der EU zwar möglich, Steuern auf Flugtreibstoff für kommerzielle Inlandsflüge einzuheben, was de facto aber nirgends gemacht wird.

„Die höheren Finanzeinnahmen würden die negativen Effekte auf Beschäftigung und Wertschöpfung vollständig wettmachen, was die Auswirkungen auf Beschäftigung und Bruttoinlandsprodukt vernachlässigbar macht“, heißt es in der Studie überdies. „Der jahrzehntelange Steuerurlaub der Flugbranche muss ein Ende haben. Das ist unabdinglich, um die Klimakrise zu bekämpfen“, so Bill Hemmings von Transport & Environment.

In der EU wird der Flugverkehr im globalen Vergleich deutlich niedriger besteuert als etwa in den USA, Kanada oder in großen Ländern Asiens. Die Kommission gab im April 2017 eine Ausschreibung für den Bericht heraus und beabsichtigte, dass dieser bis Mitte 2018 fertiggestellt werden sollte, heißt es in der Zeitung „Financial Times“.

#### **Auch Thema im EU-Wahlkampf**

Die Kommission wollte sich zu den Ergebnissen der geleakten Studie nicht äußern. Eine Sprecherin bestätigte aber, man prüfe in mehreren Studien, ob Energiesteuern zum Erreichen von EU-Umwelt- und -Klimazielen beitragen könnten. Angepackt werden könnte das frühestens nach der Europawahl.

Ein „Aus“ für die Kerosinsteuerbefreiung hatten zuletzt auch die EU-Spitzenkandidaten der Konservativen und Sozialdemokraten – der Deutsche Manfred Weber und der Niederländer Frans Timmermans – gefordert. Auch Werner Kogler, der Spitzenkandidat der Grünen für die EU-Wahl, verlangte diese am Sonntag in der ORF-„Pressestunde“. Uneinig waren Weber und Timmermans sich hingegen in puncto CO<sub>2</sub>-Steuer, die im EU-Wahlkampf immer wieder

heftig diskutiert wird. Zuletzt sprach sich Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) auf nationaler Ebene dagegen aus.

Der Luftverkehr generiert rund 2,5 Prozent des globalen Kohlenstoffdioxidausstoßes. Das besagt ein Bericht, den niederländische Politiker im Februar vor EU-Kollegen präsentierten. Laut einem Bericht der EU-Umweltagentur Eurocontrol ist der Schadstoffausstoß des europäischen Luftverkehrs überdies zuletzt stark gestiegen. Zwischen 2014 und 2017 haben die CO<sub>2</sub>-Emissionen demnach um zehn Prozent zugenommen, die Stickoxidemissionen hingegen um zwölf Prozent. Im Vorjahr stiegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen dem VCÖ zufolge gar um rund fünf Prozent.

### **CO<sub>2</sub>-Emissionen in Österreich massiv gestiegen**

Auch in Österreich stiegen die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Flugverkehrs demnach massiv. Mit rund 2,61 Millionen Tonnen verursachte dieser im Jahr 2018 so hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen wie nie zuvor. Das ist eine Steigerung von zwölf Prozent im Vergleich zum Jahr 2017, wie der VCÖ Anfang April berichtete.

Pro Personenkilometer verursache ein Flugzeug etwa 31-mal so viel CO<sub>2</sub> wie die Bahn in Österreich und doppelt so viel wie ein durchschnittlicher Pkw, hieß es in einer Aussendung. Im Vorjahr seien nach Zahlen des Umweltministeriums hierzulande 831.000 Tonnen Kerosin in die Tanks der Flugzeuge geflossen – um rund 91.500 Tonnen mehr als noch im Jahr 2017 und so viel wie noch nie zuvor.

Links:

Bericht von Transport & Environment  
„Financial Times“-Artikel

**02052019 | orf.at | Klimaziele | Verfehlen könnte Milliarden kosten**

**Der große Wurf in Sachen Ökologisierung ist bei der zuletzt präsentierten Steuerreform ausgeblieben. Wenn das so bleibt, wird es teuer, wie die Regierung selbst bestätigte: Bis 2030 muss Österreich ohne zusätzliche Maßnahmen Emissionszertifikate in der Höhe von bis zu 6,6 Milliarden Euro zukaufen. Die Opposition erhob schwere Vorwürfe. Diese wollte die Regierung wiederum nicht gelten lassen.**

Umweltministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) bestätigte in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage von Jetzt Schätzungen von Wissenschaftlern. Köstinger gibt in der vom „Standard“ (Donnerstag-Ausgabe) zitierten Anfragebeantwortung zu, dass zwischen 2021 und 2030 – je nach CO<sub>2</sub>-Preis – kumuliert Kosten in der Höhe von 1,3 bis 6,6 Milliarden Euro für den Ankauf von Emissionszertifikaten anfallen könnten.

Dabei wurde von Preisen zwischen 20 und 100 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> ausgegangen. Damit bestätigte die Ministerin Berechnungen mehrerer Wissenschaftler, die bereits in den vergangenen Jahren vor den hohen Kosten des Klimawandels gewarnt hatten.

### **Ab 2021 schlagend**

Die – zumindest aus Budgetsicht – gute Nachricht: Bis 2020 werden auf Österreich keine zusätzlichen Kosten für den öffentlichen Haushalt anfallen, da noch „ungenutzte“ Emissionsrechte aus der Vergangenheit übrig sind. Danach müssen sich Bund und Länder die Kosten für den Ankauf von Klimaschutzzertifikaten teilen, wobei der Bund mit 80 Prozent den Löwenanteil der Kosten stemmen muss.

Österreich hatte 2017 erstmals die nationalen Klimavorgaben verfehlt, der Treibhausgasausstoß stieg im Vergleich zum Jahr davor um 3,3 Prozent. Wissenschaftler

des Grazer Wegener Center gehen davon aus, dass die Republik aber auch 2018 und – nach derzeitigen Prognosen – 2019 und 2020 am Zielpfad vorbeischießen wird. Aus einer Präsentation, die im März im Rahmen einer Tagung des Nationalen Klimaschutzkomitees gezeigt wurde, gehen ähnliche Berechnungen hervor.

### **CO2-Steuer für Köstinger eine von mehreren Maßnahmen**

Laut Anfragebeantwortung werden die Treibhausgase außerhalb des Emissionshandels mit bestehenden Maßnahmen jedenfalls bis 2020 zurückgehen – und zwar auf 50,9 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr. Konjunkturschwankungen und Witterungsbedingungen sind nicht einberechnet. Zur Einordnung: Für dasselbe Jahr wurde Österreich seitens der EU-Kommission eine Höchstmenge von 47,8 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> vorgegeben. Auch das Thema CO<sub>2</sub>-Steuer wurde in der parlamentarischen Anfrage, die von Jetzt-Abgeordneten eingebracht wurde, auf den Tisch gebracht.

Sie könnte, so Köstinger, einen Beitrag zur Dekarbonisierung des Energie- und Mobilitätssystems darstellen. „Andere Lenkungsmaßnahmen und Anreize sind jedoch ebenso bedeutsam“, relativierte die Ministerin und verwies auf einen notwendigen „ausgewogenen Instrumentenmix.“ Nach deutlicher Kritik an der fehlenden Ökologisierung kündigte die Regierung noch Nachbesserungen an.

### **„Das ist eine Farce“**

Die Opposition kritisierte die Regierung für die drohenden Strafzahlungen harsch. Jetzt-Klubchef Bruno Rossmann betonte, das seien „Milliarden, die wir uns sparen könnten“. Der Spielraum für die Steuerreform reduziere sich dadurch. Scharf kritisierte Rossmann Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Wenn dieser meine, „wir sollten uns ausgerechnet bei der Ökologisierung gedulden, ist das eine Farce“. Das koste doppelt – Geld und dann „die Zukunft“.

Grünen-Chef Werner Kogler schlug in dieselbe Kerbe: Es sei „hirnrissig“, gerade mit der Ökologisierung des Steuersystems weiter zuzuwarten. Die Regierung gehe „mit jedem Schritt in die falsche Richtung“. Er forderte die Einstellung umweltschädlicher Subventionen und Fehlinvestitionen, darunter die Ausbaupläne für den Flughafen Wien und die Lobau-Autobahn.

Kritik übten auch die Wiener SPÖ-Umweltstadträtin Ulli Sima und die Bundesjugendvertretung. Letztere nannte die Steuerreform ein „Armutszeugnis für die Klimapolitik“. Es seien jetzt konkrete Maßnahmen und eine ambitionierte Klimastrategie nötig.

### **Für Ministerium ein „Extremszenario“**

Das Umweltministerium bezeichnete die befürchteten Milliardenzahlungen für die verfehlten Klimaziele als „Extremszenario“, das aller Voraussicht nach nicht eintreffen werde. „Wir arbeiten daran, die Klimaziele 2030 durch Maßnahmen im Inland zu erreichen“, hieß es aus dem Ressort gegenüber der APA.

„Die kolportierten Milliardenzahlungen sind ein Extremszenario, das voraussetzen würde, dass bis 2030 keinerlei zusätzliche Maßnahmen getroffen werden, um die THG-Emissionen zu verringern. Das sei keine realistische Annahme, da die Bundesregierung bereits jetzt Maßnahmen ihrer „mission2030“ genannten Klima- und Energiestrategie umsetze. Diese Maßnahmen seien in den vorliegenden Berechnungen noch nicht berücksichtigt, hieß es aus dem Umweltministerium.“

Links:  
Umweltministerium  
Jetzt  
„Standard“-Artikel

SPÖ  
Jetzt  
Die Grünen  
Bundesjugendvertretung